

Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen

Uta Kletzing

Mit einer Bundeskanzlerin an der Spitze der Regierung und zahlreichen Frauen in herausragenden Positionen in Politik, Verwaltung und Medien ist die Präsenz von Frauen in der Politik selbstverständlicher geworden. Doch gerät mit diesen öffentlich sichtbaren und erfolgreichen Frauen bisweilen aus dem Blickfeld, dass im politischen Alltag vieles zu tun bleibt – gerade im kommunalpolitischen Alltag. Nur ein Viertel der kommunalen Mandate sind mit Frauen besetzt. Und immer noch gibt es kommunale Räte, in denen keine einzige Frau vertreten ist. In kommunalen Führungspositionen sind Frauen noch seltener vertreten: Nur vier Prozent der hauptamtlichen Bürgermeister und weniger als zehn Prozent der Landräte sind Frauen.

Was muss passieren, damit es mehr Kommunalpolitikerinnen werden? Um Antworten auf diese Frage zu finden, hat die EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend etwa 1.100 ehrenamtliche und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen aus über 500 Kommunen mit über 10.000 Einwohner/innen befragt. Mit der Studie Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen liegt die bisher umfangreichste Untersuchung über kommunalpolitisch engagierte Frauen vor.

Wer sind die Ratsfrauen?

Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen sind Frauen mit hoher Lebens- und Berufserfahrung. Sie sind zu 89 Prozent über 40 Jahre alt. Die Mandatsträgerinnen sind überdurchschnittlich hoch gebildet; fast jede zweite Kommunalpolitikerin ist Akademikerin. Die befragten Frauen sind ihrer Kommune fest verwurzelt: Die meisten leben durchschnittlich 30 Jahre in dem Ort, wo sie sich engagieren. Ihr kommunales Mandat üben sie in der Regel über mehrere Legislaturperioden aus.

Die Hälfte der Befragten verbringt mindestens zehn und teilweise sogar mehr als 20 Stunden wöchentlich mit Kommunalpolitik; die andere Hälfte weniger als zehn Stunden pro Woche. Die Vereinbarung von Berufstätigkeit und familiären Aufgaben mit dem politischen Ehrenamt ist gegenwärtig vorwiegend nur im zeitlichen Nacheinander möglich. Dabei werden die zeitlichen Spielräume für das ehrenamtliche Engagement wesentlich

von den Fürsorgeverpflichtungen für Kinder und/oder andere Familienangehörige einerseits und von der Erwerbssituation andererseits bestimmt.

64 Prozent der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen sind erwerbstätig, davon die eine Hälfte in Vollzeit und die andere Hälfte in Teilzeit. Der größte Teil der nicht-Erwerbstätigen sind Ruheständlerinnen. Vollzeit-Erwerbstätigkeit neben dem Mandat funktioniert in der Regel nur dann, wenn das Arbeitsmodell zumindest anteilig selbst bestimmt gehandhabt werden kann und/oder die Unterstützung des Arbeitgebers vorhanden ist.

71 Prozent der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen sind Mütter, allerdings sind die Kinder mehrheitlich »aus dem Größten raus.« Nur etwa ein Drittel hat Kinder unter 16 Jahren im Haushalt.

Ein Viertel der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen – und damit die größte Gruppe – hat weder Kinder im Haushalt noch eine Erwerbstätigkeit. Immerhin 15 Prozent der Ratsfrauen haben jedoch beides: Kinder im Haushalt und eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit.

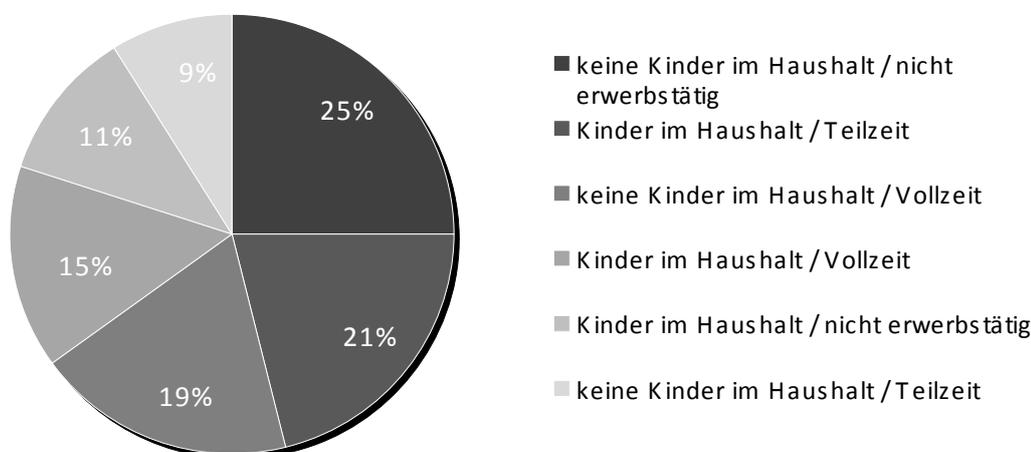


Abbildung: Fürsorge für Kinder und Erwerbstätigkeit

Wenn Partner vorhanden sind, ist deren Unterstützung ein wesentlicher Erfolgsfaktor. 82 Prozent der Stadt- und Gemeinderätinnen leben in einer festen Partnerschaft. 80 Prozent der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen fühlen sich von ihrem Partner sehr gut unterstützt.

Wie wird man Kommunalpolitikerin?

Die bürgerschaftlich engagierten Frauen von heute sind die Kommunalpolitikerinnen von morgen. Bei den Kommunalpolitikerinnen handelt es sich um Frauen, die sich in der Regel seit Kindheit und Jugend »über den eigenen Tellerrand hinaus« engagieren. Der Wunsch, etwas zu verbessern, sich für allgemeine Interessen einzusetzen und sich nicht mit individuellen Lösungen für Probleme zufrieden zu geben, drückt sich im Laufe des Lebens in verschiedenen Formen des Engagements aus: 86 Prozent der Befragten waren unmittelbar vor der Übernahme des kommunalpolitischen Amtes ehrenamtlich in bürgerschaftlichen Zusammenhängen, Parteien oder kommunalpolitischen Gremien engagiert.

Bürgerschaftliches Engagement und kommunalpolitisches Mandat sind aus Sicht der befragten Ratsfrauen eng miteinander verwoben: Vereine, Verbände oder Initiativen verfolgen ähnliche Themen wie Stadt- und Gemeinderat sowie Kreistag, jedoch auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlicher politischer Schlagkraft. Mit der Bewerbung um ein politisches Mandat verband sich der Wunsch, das Engagement »für die Sache« mit mehr Informationen, Kontakten und Entscheidungsbefugnissen zu verbinden und so effektiver zu machen.

Die Idee, in die Kommunalpolitik zu gehen, kommt jedoch bei wenigen aus ihnen selbst heraus. Ansprache von außen kann viel bewegen. 62 Prozent der Stadt- und Gemeinderätinnen bekamen den Anstoß für die Kommunalpolitik von außen: davon 65 Prozent von Personen mit politischem Bezug (Partei, Ratsmitglieder etc.), 25 Prozent von Personen aus dem Umfeld (Freund/innen, Kolleg/innen etc.) und zehn Prozent aus der eigenen Familie.

Damit das Umfeld auf die Frauen als potenzielle kommunale Mandatsträgerinnen aufmerksam wird, spielt wiederum das vorherige bürgerschaftliche Engagement eine zentrale Rolle. Dadurch kamen die Frauen in Kontakt mit kommunalpolitischen Gremien, machten sich einen Namen bzw. erwarben den Respekt des kommunalen Umfeldes oder der Parteien.

Welche Erfahrungen machen die Mandatsträgerinnen?

Kommunalpolitikerinnen wollen für andere und für sich selbst etwas tun. 87 Prozent schätzen an ihrem kommunalpolitischen Ehrenamt, dass sie politisch Einfluss nehmen können – und zwar im Sinne von allgemeiner Mitgestaltung, aber auch von Durchsetzung konkreter Anliegen ihrer Mitbürger/innen. Nur vier Prozent verbinden das Mandat mit dem Wunsch nach einer weiterführenden politischen Karriere.

Immerhin ein Drittel der Stadt- und Gemeinderätinnen äußert, mit dem kommunalpolitischen Engagement auch etwas für die eigene Weiterentwicklung tun zu können: Kommunalpolitik sei ein interessantes Lernfeld und ein Schub für das eigene Selbstbewusstsein. 37 Prozent suchten persönlich eine neue Herausforderung.

Sind Frauen erst einmal in der Kommunalpolitik engagiert, wollen sie auch dabei bleiben: 76 Prozent der Befragten wollen bei der nächsten Kommunalwahl wieder kandidieren. Dennoch werden die politische Kultur und die institutionellen Rahmenbedingungen als stark verbesserungswürdig empfunden.

Über die Hälfte der Befragten sieht Mängel im Missverhältnis von Parteipolitik versus Sachorientierung, wünscht sich ein angenehmeres Arbeitsklima und eine kooperativere Arbeitsweise und mahnt mehr Effizienz in der Sitzungs- und Redekultur an. 40 Prozent klagen über die externen Rahmenbedingungen von Kommunalpolitik wie zu bürokratische Verwaltungsabläufe und den daraus resultierenden Zeitbedarf; die rechtliche und finanzielle Begrenzung der kommunalpolitischen Wirkungsmöglichkeiten sowie die Politikverdrossenheit und fehlende Wertschätzung der kommunalpolitischen Tätigkeit seitens der Bevölkerung und der Medien.

Was lässt sich tun? Und von wem?

57 Prozent der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen sprechen sich für politische und bildungspolitische Empowerment-Maßnahmen aus, die Frauen stärken sollen.

Knapp ein Fünftel der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen wünscht sich explizit mehr Unterstützung durch die eigene Partei. Vor allem in kleineren Gemeinden und ländlichen Regionen werden selbst gesetzte Quoten und Quoren oftmals nicht eingehalten.

Frauen sollten durch Parteien und Wählergruppen nicht nur gezielt angesprochen und für das politische Mandat geworben werden, sondern es sollte auch vor Ort, über die Parteien oder auch die Einrichtungen der politischen Bildung, Unterstützungsangebote bereitgestellt werden, die insbesondere den knappen zeitlichen Ressourcen der Frauen Rechnung tragen. In der Kommunalpolitik scheint ferner insgesamt ein Modernisierungs- und Professionalisierungsschub angebracht, der sich positiv auf die politische Partizipation von Frauen auswirken kann.

Kommunalpolitik benötigt insgesamt mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung; die Vielfalt der Themen und die lohnenswerte Seite von kommunalpolitischem Engagement muss stärker aufgegriffen und kommuniziert werden. Besonderes Augenmerk verdient die verstärkte Zusammenarbeit von Kommunalpolitik und zivilgesell-

schaftlichen Organisationen. Verbände, Vereine und Initiativen sind die Sozialisationsinstanzen für bürgerschaftliches Engagement und bilden das wichtigste Reservoir für künftige Mandatsträgerinnen.

Da eines der Hauptprobleme in den knappen zeitlichen Ressourcen der Frauen liegt, ist mit Blick auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem eine ausreichende Infrastruktur für Kinderbetreuung und familiennahe Dienstleistungen notwendig sowie alle Maßnahmen, die zu einer partnerschaftlichen Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern beitragen.

Schließlich ist eine engagementfreundliche Unternehmenskultur zu nennen: Um Engagement mit Berufstätigkeit und familiären Aufgaben vereinbaren zu können, benötigen die Betroffenen neben dem grundsätzlichen Verständnis des Arbeitgebers vor allem zeitliche und örtliche Flexibilität.

Fakt ist, dass sich kein demokratisches Gemeinwesen es sich erlauben kann, die Potenziale der Hälfte der Bevölkerung nur unzureichend zu nutzen – am allerwenigsten in den Kommunalparlamenten, wo die Demokratie ihre Basis hat. Deshalb: Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!

Hinweise

Dieser Artikel erschien zuerst im BBE-Newsletter 12/2009 im Schwerpunkt-Thema [Engagement in den Kommunen](#)

Weitere Ergebnisse der Studie finden Sie unter www.frauen-macht-kommune.de. Die gesamte Studie »Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen« wird voraussichtlich Ende 2010 erscheinen.

Autorin

Uta Kletzing ist Leiterin des Bereichs Politik und Verwaltung an der EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft.

Kontakt:

Helga Lukoschat

EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.

Telefon: 030-288798-40

Email: lukoschat@eaf-berlin.de

Internet: www.eaf-berlin.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de